Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 140. **Freitag, 19. Juni 1925, abends.** **78. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Jahrtausendfeier des Rheinlands.

Schon vor Wochen hat die Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich begonnen; die Erinnerungsausstellung in Köln wurde eröffnet, und aller Orten fanden im ganzen Reich festliche Veranstaltungen statt, bei denen der Treue des Rheinlandes gedacht und ihm wieder neue Treue gelobt wurde. So hat die Reichshauptstadt am letzten Sonntag eine schöne Feier dieser Art vor dem Reichstagsgebäude gehabt, mit der zugleich die Erinnerung an die Abstimmung der treuen Ostpreußen vor fünf Jahren verbunden wurde. **Die offizielle, ganz große Kundgebung im Rheinlande ist aber jetzt erst am Donnerstag gefolgt: Im Kaisersaal der Düsseldorfer Turnhalle** vereinigten sich mit dem Rheinischen Provinziallandtag, dem öffentlichen Vertreter der Rheinprovinz, etwa 1000 Gäste aus dem ganzen Reich, Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten, Minister und hohe Beamte, die Präsidien des Reichstags wie des Preußischen Landtags und auch der Kardinal-Erzbischof von Köln. Als Ehrengast von besonderer Bedeutung ist noch der Präsident des Danziger Senates Dr. Sahm zu erwähnen. **Reichspräsident v. Hindenburg** hat nicht persönlich zu der feierlichen Kundgebung erscheinen können, aber er hat bekanntlich eine **Botschaft** gesandt, in der er aus tiefstem Herzen seinen Dank an die Rheinländer und seinen unerschütterlichen Glauben ausspricht, daß die heilige Stunde der Freiheit bald für die Rheinlande schlagen werde.

Reichskanzler Dr. Luther

verlas diese Botschaft des Präsidenten und hielt dann eine Rede, die weit über den Rahmen eines Feierspruchs hinausging und von starker politischer Bedeutung war. Denn der Kanzler betonte nur kurz den urdeutschen Charakter des Rheinlandes, das er mit Recht einen Brennpunkt deutschen Lebens nannte, um dann sogleich zur großen Politik überzugehen. **Das Ziel der Reichsregierung sei, dem** Rheinland die Freiheit und ganz Deutschland und ganz **Europa den wirklichen Frieden zu vermitteln.** Schon in diesem Ausdruck lag die Feststellung, daß bisher **der Friedenszustand noch nicht hergestellt** ist. Dr. Luther hatte es leicht genug, dies zu beweisen. Er erinnerte zunächst an die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebietes und der sogenannten Sanktionsgebiete, deren **Räumung bis spätestens zum 16. August die Ententemächte in London bindend versprochen** hätten. Das wurde von neuem aktenmäßig belegt; die Reichsregierung scheint guten Grund zu haben, an diese Verpflichtung immer wieder zu erinnern.

Dann kam der Reichskanzler auf die **Nichträumung der Kölner Zone** zu sprechen, deren Rechtswidrigkeit er erneut betonte, und damit auf die Entwaffnungsnote der Alliierten.

Hat Dr. Luther auch den Vorbehalt gemacht, daß die **Entwaffnungsnote** noch weiter geprüft werde, so hat er doch zugleich die erste offizielle Antwort darauf gegeben. Und sie war schon deutlich genug. Sie wies auf die Geringfügigkeit der uns vorgeworfenen Verfehlungen hin und bezeichnete es als völlig unbegreiflich, daß die Note ein so entwaffnetes Volk wie das deutsche, noch gefährlich nennt. In drei Teile schied der Kanzler die Forderungen der Note: einige werde man schleunigst erfüllen, andere seien unberechtigt und könnten nicht anerkannt werden, über einzelne dagegen sei mit den alliierten Regierungen zu verhandeln.

Dankenswert war es, daß der oberste Beamte des Reiches bei dieser Gelegenheit auch deutlich einen Teil der Ententeforderungen als nicht militärischer Art, sondern lediglich wirtschaftsschädigend brandmarkte.

Dem **Rheinlande** versprach Dr. Luther, dafür kämpfen **zu wollen, daß es eine wirkliche Freiheit erlange** und nicht mehr als Grenzmark vom Reiche abgetrennt und umfochten werde. Dies ist das Ziel des von der Reichsregierung den Alliierten angebotenen Sicherheitspaktes, und so berührte denn auch der Reichskanzler bereits die **französische Antwort** auf dieses Angebot. Er nahm Bezug auf das Schlußwort der Note und betonte, daß die deutsche Regierung ebenso wie die französische es begrüßen würde, wenn Verhandlungen in Gang kämen, durch die eine wirksame Friedensgewähr auf dem Vertragswege geschaffen werden könnte. Aber den vielen Vorbedingungen dafür, die bisher von französischer Seite inoffiziell genannt worden sind, stellte nun der deutsche Reichskanzler ganz offiziell eine Bedingung von höchster Tragweite gegenüber. Kein vollendetes, die gesamte Kulturwelt umfassendes Friedenssystem werde möglich sein, solange das Problem der Abrüstung nicht allgemein und gleichmäßig für alle Staaten gelöst sei. **Das europäische Gleichgewicht der Kräfte habe man in Versailles zerstört,** aber das dort in Aussicht gestellte neue System einer allgemeinen Abrüstung sei bisher in keiner Weise durchgeführt worden. Diese ernste Mahnung war sehr zeitgemäß, sehr nötig in dem Augenblick, wo die waffenstarrenden Gegner die Entwaffnung Deutschlands bis zum letzten Jüpfelchen durchführen und die Franzosen den Sicherheitspakt nur dazu benutzen wollen, ihr militärisches Machtsystem noch weiter auszubauen und die Fesselung Deutschlands zu vollenden.

Man kann aus den Worten Dr. Luthers entnehmen, daß er und sein Kabinett solchen Versuchen unbeugsamen Widerstand entgegensetzen werden. Der Ruf nach allgemeiner Abrüstung wird besonders in Amerika bei der öffentlichen Meinung lebhaften Widerhall finden. Man wird dort unter diesem Gesichtspunkt die kommenden schweren Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Garantie des Friedens verfolgen und man wird wissen, bei wem die Schuld liegt, wenn diese Bemühungen nicht zu einem gedeihlichen Ende kommen sollten.

Die Jahrtausendfeier der Rheinländer in Leipzig.

)(Leipzig. Die Jahrtausendfeier der Rheinlande gab dem Verein der Rheinländer in Leipzig Anlaß zu einer festlichen Veranstaltung, die unter Beteiligung zahlreicher landsmannschaftlicher und kameradschaftlicher Vereinigungen sowie studentischer Verbindungen in Anwesenheit von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, der Universität, der sächsischen Akademie der Wissenschaften und der politischen Parteien am Mittwoch im Zoologischen Garten stattfand. Auch das Schweizerische Konsulat und die Schweizer-Gesellschaft waren vertreten. Nach den Begrüßungsworten des ersten Vorsitzenden des Rheinländer-Vereins überbrachte Kreishauptmann Dr. Marcus im Auftrage des Gesamtministeriums die Grüße und Wünsche der sächsischen Staatsregierung. Er betonte den Willen, auch die schwersten Opfer auf uns zu nehmen, um die Rheinlande vom Joch der Fremdherrschaft zu befreien. Die Grüße der Stadt Leipzig entbot Stadtrat Kommerzienrat Hugo Seifert, der auf die vielfachen Beziehungen der rheinischen Industrie zu der Messestadt Leipzig hinwies. Für die Universität und die deutsche Studentenschaft sprach Prof. Dr. Litt, für die deutschnationale Landtagsfraktion Abg. Berg. Die volksparteiliche Landtagsfraktion war verhindert, einen Vertreter zu entsenden, und sandte drahtlich ihre Glückwünsche. Die Empfindungen und Wünsche des Grenz- und Auslandsdeutschtums brachte der Vertreter des Instituts für Auslandskunde Dr. Luig zum Ausdruck, der betonte, daß für die Auslandsdeutschen der Rhein das Symbol des Deutschtums überhaupt sei.

Die Festreden hielten anstelle des verhinderten rheinischen Abgeordneten Pfarrer Korell Pfarrer Mühlhausen-Leipzig und der Reichstagsabgeordnete Otto Thiel-Burscheid-Solingen. Pfarrer Mühlhausen kennzeichnete das tausendjährige Streben Frankreichs nach dem Rhein, um zu herrschen, während Deutschland den Rhein brauche, um zu leben. Der Rhein ist deutsch und werde deutsch bleiben. Die Rheinländer kämpften nicht auf verlorenem Posten, sondern kämpften und duldeten für das ganze deutsche Volk, und in diesem Kampfe stehe ihnen das ganze deutsche Volk einmütig zur Seite. Solange die Sehnsucht nach dem Rhein gehe, gebe es auch eine deutsche Zukunft. Reichstagsabgeordneter Thiel schilderte die wirtschaftliche Bedeutung der Rheinlande, der „Herzkammer der deutschen Wirtschaft“, und umriß die Pflichten der Männer der Wirtschaft gegenüber Volk und Vaterland. Das Ziel müsse sein, dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker auch gegenüber dem Deutschtum Geltung zu verschaffen und auf diese Weise die „deutsche Frage“ zu lösen.

Die Feier wurde durch ein Konzert der Kapelle des 2. Bataillons des Inf.-Regts. 11 unter Leitung des Musikdirektors Gilisch und Gesänge des Leipziger Männerchors unter seinem Dirigenten Prof. Gustav Wohlgemuth sowie Gruppenaufführungen der Leipziger Vereine des Deutschen Turnerbundes würdig eingerahmt.

Sehr ernste Finanzlage des Reiches.

vdz. Berlin. Im Aufwertungsausschuß des Reichstags teilte am Donnerstag der Vorsitzende mit, daß bisher allein **zum Aufwertungsgesetz 2744 Petitionen eingegangen** seien.

Reichsfinanzminister von Schlieben gab eine Uebersicht über den Reichshaushalt nach dem Stande vom 17. Juni. Danach ergibt sich unter Einrechnung der vom Reichstag bereits beschlossenen oder noch in Aussicht stehenden Mehrausgaben ein **vorläufiger Fehlbetrag von 446 Millionen. Die Finanzlage des Reiches sei also eine sehr ernste** und man müsse sich darüber klar sein, daß zur Deckung des Fehlbetrages ganz außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich seien und **unter keinen Umständen auf die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer verzichtet werden könne.**

Hierauf wurde mit der allgemeinen Aussprache über den **Gesetzentwurf zur Ablösung öffentlicher Anleihen** begonnen. Abg. **Dr. Gildemeister** (DVp.) betonte, wir hätten eine zu teure Staatswirtschaft auf einer zu schwachen Volkswirtschaft aufgebaut. Durch die Streichung der Anleiheschuld würde nichts Wesentliches geändert werden, wohl aber würde die Kreditfähigkeit des Reiches geschwächt. Abg. **Dr. Best** (Hospitant der Völkischen) erklärte die Ablösung der Anleihen für eine glatte Vernichtung von Treu und Glauben und verlangte, daß die Ansprüche aus den öffentlichen Anleihen mindestens solange erhalten blieben, bis das Reich, die Länder und Kommunen wieder zahlungsfähig würden. Die Mittel zur einstweiligen Verzinsung könnten aus einer Inflationsgewinnsteuer beschafft werden. Abg. **Freiherr v. Richthofen** (Dem.) führte aus, eine Ablösung der öffentlichen Anleihen drohe die Kreditfähigkeit Deutschlands namentlich im Inland auf lange Zeit zu erschüttern. Es sei erwägenswert, ob man nicht lieber den Weg eines längeren Moratoriums wählen solle. Evtl. könne man den Staatsgläubigern wahlweise eine Ablösungsanleihe zur Verfügung stellen. Ministerialdirektor **von Brandt** legte die Notwendigkeit dar, im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft jetzt eine abschließende Entscheidung zu treffen. Abg. **Bodermacher** (Dnat.) wies darauf hin, daß das ethische und moralische Recht der Gläubiger auf Aufwertung, mit Ausnahme für den Neubesitz, ohne weiteres anerkannt werden müsse. Ob aber ein formelles Recht der Gläubiger bestehe, sei außerordentlich zweifelhaft. Abg. **Dr. Scheller** (Z.) führte aus, die Staatswirtschaft könne nicht gesunden, wenn das Reich nach dem Verlust des Krieges eine Anleiheschuldenlast von 70 Milliarden mit sich schleppe. Durch Feststellung eines Generalaufwertungsgesetzes müsse die Staatswirtschaft wissen, was sie zu zahlen habe. Vielleicht könne man **aus einer Inflationssteuer Mittel für die Aufwertung** gewinnen. Abg. **Keil** (Soz.) trat für Einführung einer Vermögenszuwachssteuer und Vermögenserhaltungssteuer ein. Mit dem Kompromiß sei seine Partei nicht einverstanden. Abg. **Jörissen** (Wirtschaftl. Vg.) trat für eine endgültige Regelung im Gegensatz zu den Vorschlag eines Moratoriums ein. Die Inflationssteuer müsse zur Stärkung der Auslosungsmasse herangezogen werden. Abg. **Dr. Korsch** (Komm.) verlangte, daß etwaige Aufwertungen nur der wirklich armen Bevölkerung zugute kommen dürften.

Nachdem der Ausschuß beschlossen hatte, **dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zur Frage der Anleiheablösung zu hören,** vertagte er sich auf Freitag.

Amundsens Rückkehr.

Den Nordpol nicht erreicht.

Newyork. Reuter kabelt nach London eine Meldung der Associated Preß, der zufolge Amundsen in Spitzbergen eingetroffen ist.

)(Newyork. (Funkspruch.) Prentico, ein Schwager des Teilnehmers an der Amundsen-Expedition Ellsworth, hat Nachricht erhalten, **daß sämtliche Mitglieder der Expedition unversehrt in Spitzbergen angekommen sind.**

* Kopenhagen. Nach hier vorliegenden Meldungen soll Amundsen nach seinem Eintreffen in Spitzbergen in einem Telegramm erklärt haben, daß er zwar wohlbehalten mit seinen 6 Begleitern mit den zwei Flugzeugen zurückgekehrt sei, **den Nordpol aber nicht erreicht habe.**

* Newyork. Nach einem Funkbericht sind **Amundsens Flugzeuge durch Nebel zu weit westwärts geflogen** und mußten nach einer Kursänderung ostwärts **eine Notlandung vornehmen.** Die beiden Flugzeuge waren darauf zwischen Eismassen eingeklemmt. Amundsen ist vermutlich wegen dieser Schwierigkeiten zum Rückzuge gezwungen worden.

* Kopenhagen. Die letzten Meldungen lauten, daß Amundsen am 88. Grad infolge von Maschinenschaden hat landen müssen. Er hat dann zu Schlitten die Eisbarriere erreicht, wo man ihm zu Hilfe gekommen ist.

Oslo. (Funkspruch.) Die **Regierung und der Luftfahrtrat haben an Amundsen** anläßlich seiner Rückkehr **Glückwunschtelegramme** gerichtet. Die Meldung, daß Amundsen zurückgekehrt sei, wurde schnell in der ganzen Stadt bekannt und erregt überall den größten Jubel. Die Mitteilung wurde durch die Radiostationen verbreitet. Vor den Redaktionen der Zeitungen sammelten sich große Menschenmassen an. An Sjöfarts Tidende wird aus Newyork berichtet, hier herrscht über die Rückkehr Amundsens große Begeisterung.

Die Behandlung der Sicherheitsnote.

vdz. Berlin. Die Reichsregierung hat über die Antwortnote der französischen Regierung in der Angelegenheit des Sicherheitspaktes bisher nur zwei vorläufige Ministerbesprechungen abgehalten und noch keine Stellung dazu genommen. Diese wird vielmehr, wie wir von unterrichteter Seite hören, erst erfolgen können, wenn auch die Dokumentensammlung herausgegeben ist, deren Veröffentlichung die französische und englische Regierung in Aussicht gestellt haben und die auch den Entwurf einer Antwortnote auf das deutsche Memorandum enthalten soll, den der vorige französische Ministerpräsident Herriot aufgestellt hat. Es ist verständlich, daß die deutsche Regierung auch diese Dokumente vor ihrer Stellungnahme kennen zu lernen wünscht, die für den vorigen Sonnabend in Aussicht genommene Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder über die Entwaffnungsnote wurde hinausgeschoben, weil auch die Sicherheitsnote abgewartet werden sollte. Aus demselben Grunde hat auch der Auswärtige Ausschuß des Reichstags neulich die Besprechung der politischen Lage noch vertagt. Es ist möglich, wenn auch noch nicht bestimmt, daß er im Laufe der nächsten Woche wieder zusammentreten wird.

Vom Vertretertag der Gendarmeriebeamten.

vdz. Auf dem Vertretertag der Gendarmerie- und Landjägereibeamten Deutschlands in Karlsruhe wurde eine Entschließung angenommen, worin die Erwartung zum Ausdruck gebracht wird, daß **das den Gendarmerie- und Landjägereibeamten bei der Neuregelung der Besoldungsordnungen** im Jahre 1920 und durch das in den folgenden Jahren eingetretene Zurückbleiben hinter früher gleichbewerteten Reichsbeamten **zugefügte Unrecht beseitigt** und die von hohen und höchsten Regierungsstellen in den Parlamenten des Reiches und fast aller Länder als berechtigt und notwendig wiederholt anerkannte bessere Bewertung des Gendarmeriedienstes und damit bessere Besoldung der betr. Beamten nunmehr baldigst Tatsache werden wird, daß das Sperrgesetz nicht mehr in unverständlicher und ungerechter Weise gegen die Gendarmerie- und Landjägereibeamten angewendet und das Sperrgesetz selbst bald aufgehoben und keineswegs nochmals verlängert werden wird.

SLUB
Wir führen Wissen.